

# die bank

19.09.2018

NEWSLETTER FÜR BANKPOLITIK UND PRAXIS

FACHBEITRAG



©Stockphoto.com/peshkov

## Vermeidbare Fehler im Risikomanagement

### Banken verlieren Milliarden

Ein einziger Mitarbeiter hat 1995 den Untergang der traditionsreichen Barings Bank besiegelt. Der Derivatehändler Nick Leeson hatte Lücken in den internen Kontrollsystemen genutzt und vergeblich versucht, Verluste durch immer waghalsigere Spekulationen zu kompensieren. Immerhin: Dieser Weckruf für die Branche hat viel dazu beigetragen, das Management nicht-finanzieller Risiken deutlich zu verbessern. Doch auch heute gibt es noch viele Schwachstellen. Basierend auf Daten des Risikospezialisten ORX summieren sich die Verluste großer Banken aufgrund von operationellen Risiken seit 2011 auf rund 220 Mrd. US-Dollar. Rund zwei Drittel davon resultieren aus dem falschen Umgang mit Kunden und Produkten.

„Nicht-finanzielle Risiken lauern nahezu überall, entsprechend viel steht für die Banken auf dem Spiel“, stellt Jan-Alexander Huber fest. Er ist Co-Autor der aktuellen Bain-Studie „Preventing Disaster: How Banks Can Manage Operational Risk“. Neben finanziellen Verlusten verursachten Fehler im operationellen Risikomanagement Rechtskosten, Strafzahlungen und Reputationsschäden und gefährdeten im Extremfall sogar die Existenz einer Bank, fährt Huber fort.

Zwar arbeiten die Banken daran, ihr Risikomanagement zu verbessern, legen dabei aber meist den Fokus auf eine bessere

Steuerung der Finanzrisiken. Dabei kosten die Verluste aus nicht-finanziellen Risiken große Banken immer noch knapp ein Prozent ihres Bruttoeinkommens.

#### Ertragspotenziale werden nicht genutzt

Mit einer Musterrechnung zeigt Bain das hier brachliegende Ertragspotenzial auf. Ausgehend vom Durchschnittswert der letzten drei Jahre könnten die Banken mit einer 20-prozentigen Reduzierung ihrer Verluste aus nicht-finanziellen Risiken ihre Gewinnmarge um 30 Basispunkte steigern. Das wäre ein willkommener Zuwachs für die gebeutelten europäischen Institute.

## Für ein effektiveres Risikomanagement seien vier Prinzipien entscheidend:

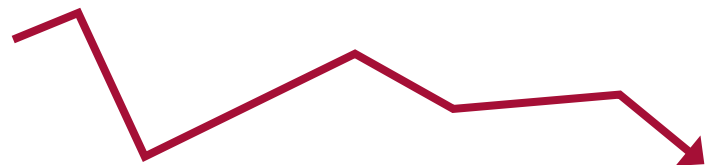
- ▷ das Management nicht-finanzieller Risiken umfasst alle Bereiche und Funktionen einer Bank und ist reibungslos in die unternehmensweiten Strukturen und Prozesse integriert,
- ▷ die Verantwortung für das Risikomanagement ist in jeder Abteilung klar definiert und mit Fachleuten besetzt,
- ▷ Feedbackschleifen gewährleisten, dass die Bank kontinuierlich aus Erfolgen und Misserfolgen lernt, um nicht-finanzielle Risiken in Zukunft zu vermeiden, und
- ▷ alle Prozesse werden regelmäßig überprüft, um sicherzustellen, dass sämtliche Kennzahlen und Vergütungssysteme den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Für Co-Autor Sebastian Fritz-Morgenthal sind Fort- und Ausbildung der Mitarbeiter der Schlüssel zum Erfolg. „Jeder Einzelne muss lernen zu antizipieren, welche Fehler auftreten können und wie sie sich vermeiden lassen.“ Das gelte insbesondere für Innovationen. Eine europäische Großbank integriere konsequenterweise schon auf ihrem Innovationscampus operationelle Risikomanager in die agilen Entwicklerteams.

## Technische Lösungen erleichtern die Arbeit von Risikomanagern

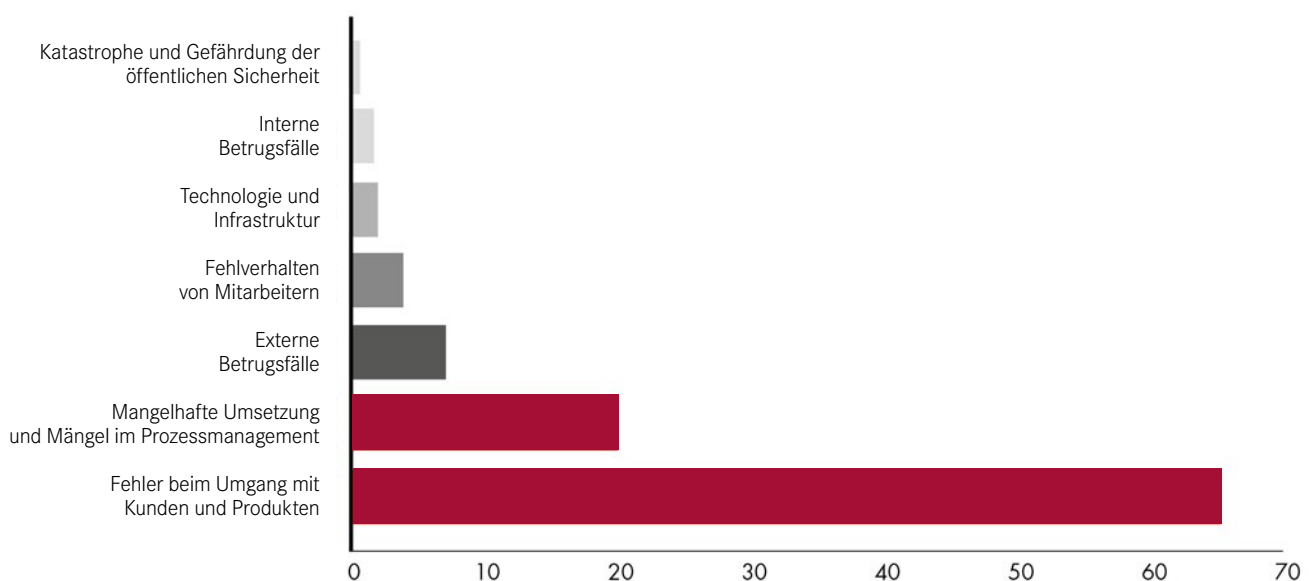
Viele Banken lassen sich auch beim Risikomanagement bereits von technischen Lösungen unterstützen. Insbesondere Datenanalysen und maschinelle Lernverfahren erleichtern es, Schwachstellen automatisiert aufzuspüren. Somit müssen die Risikomanager nicht mehr länger mit großem Zeitaufwand kleinteilige Prozesse prüfen, sondern können sich auf die Vorbeugung großer Risiken konzentrieren.

Für Bankenexperte Fritz-Morgenthal zählen technische Lösungen – neben einer regelbasierten Risikokultur und kontinuierlichen Schulungen – zu den Kernelementen eines erfolgreichen Managements nicht-finanzieller Risiken: „Mit einem integrierten Ansatz können Banken ihre Profitabilität erhöhen und – noch wichtiger – eventuell existenzbedrohende Risiken frühzeitig erkennen und abwenden.“



## Milliardenfalle operationelles Risikomanagement

Ursachen für Verluste aus operationellem Risikomanagement seit 2011 (in Prozent)



Anm.: Die Daten von 96 großen Banken weltweit beinhalten alle Ereignisse von mehr als 20.000 € im Zeitraum Januar 2011 bis Dezember 2017. Quellen: ORX (Operational Risk Exchange); Studie „Preventing Disaster: How Banks Can Manage Operational Risk“, 2018. Bain & Company.

## Digitale Preisstrategien unter PSD II

### Wie Banken die API monetarisieren können

Viele Banken sind den regulatorisch erforderlichen Veränderungen durch PSD II nachgegangen, das „Pflichtenheft“ ist an vielen Stellen in Umsetzung bzw. bereits umgesetzt. Das Thema wird jedoch bisweilen nur als Pflicht und weniger als strategische Chance gesehen. Dabei bringt die disruptive Verpflichtung, Kontodaten über standardisierte Schnittstellen (API) für Drittanbieter zu öffnen, auch neue Monetarisierungspotenziale mit sich.

Mithilfe von Application Programming Interfaces (API) kann der Datenschatz einer Bank – in Form der Transaktionsdaten von Konten und sowie deren Bezahlungsfunktion – angezapft werden, sofern der Endkunde zustimmt. APIs erhöhen damit den Wettbewerb im Bereich von (individualisierten) B2C-Angeboten und verlangen geradezu nach digitalen Preismodellen, bringen aber auch den Effekt von zweiteiligen Märkten.

Das Phänomen der zweiteiligen Märkte könnte Banken dabei helfen, neue Einnahmequellen zu erschließen. Zweiteilige Märkte durch Plattformen Gelingt es einer Plattform, viele aktive Kunden anzuziehen, entsteht hierdurch ein zweiteiliger Markt. Zum einen ein B2C-Markt, bei dem Endkunden die Angebote der Plattform nutzen, zum anderen ein B2B-Markt, bei dem Anbieter den Zugang zur Plattform erhalten können.

Beispiele hierfür sind die Plattformen von Google sowie des Fahrtenvermittlers Uber. Die Gratisangebote von Google wie „Suche“, „Maps“ und „Mail“ werden von Milliarden Endkunden genutzt. Theoretisch könnte Google längst für den Zugang zur Suchmaschine, die Berechnung und Visualisierung von Navigationsrouten mit Echtzeit-Verkehrsdaten sowie den Mailservice Geld verlangen.

Die Monetarisierung erfolgt aber nicht auf der B2C-, sondern auf der B2B-Seite des zweiteiligen Markts. Denn durch die hohe Zahl der Nutzer können Kleinanzeigen in der Suchmaschine und im Mailprogramm sowie Hinweise auf Anbieter in den Kartendaten stark monetarisiert werden. Beim Fahrtenvermittler Uber ist das Geschäftsmodell eher auf der B2C-Seite. Die Endkunden bezahlen für die vermittelte Fahrt. Allerdings sind mittlerweile so viele Fahrer bei Uber registriert, dass es für Unternehmen attraktiv ist, auch auf der B2B-Seite der Plattform aktiv zu werden. Beispielsweise werden Uber-Fahrern von den Automobilherstellern besondere Angebote zu Leasing und Service gemacht. Uber kann demnach auch den Zugang zum Fahrer-Pool monetarisieren.

In zweiteiligen Märkten kann nun ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Monetarisierung auf Endkundenseite (B2C) und der Monetarisierung auf Drittanbieterseite (B2B) bestehen. Man könnte sogar von einem „Monetarisierungs-Dilemma“ sprechen.(...)

---

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der Fachzeitschrift „die bank“ 07//2018. Das Heft erhalten Sie in unserem [Shop](#) im Abo oder als Einzelheft, alternativ können Sie diesen Beitrag [hier](#) als Einzeldokument kaufen.

---



## Unternehmer und Management als Käufer

### Aus Schweizer Tochter wird Bergos Berenberg

Die Privatbank Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG (Berenberg) verkauft zu einem nicht genannten Preis 80,1 Prozent der Gesellschaftsanteile an der Berenberg Bank (Schweiz) AG. Das Unternehmen wird nach dem Vollzug unter dem Namen Bergos Berenberg AG firmieren. Neue Aktionäre werden die Schweizer Unternehmer Adrian und Andreas Keller (Diethelm Keller Holding, ein Handelshaus), Michael Pieper, CEO der Artemis-Group (z.B. Franke-Spülen), sowie Claus-G. Budelmann, der langjährige ehemalige persönlich haftende Gesellschafter von Berenberg. Außerdem sind der Bremer Unternehmer Dr. Andreas Jacobs und das aktuelle Management der Berenberg Schweiz beteiligt. Die Hamburger Bank wird mit Bergos Berenberg zusammenarbeiten und behält die restlichen 19,9 Prozent der Anteile.

Die heutige Berenberg Bank (Schweiz) hat rund 100 Mitarbeiter an den Standorten Zürich und Genf und ist auf Vermögensmanagement für Schweizer, deutsche und internationale Kunden spezialisiert. Künftig will sie sich vermehrt auf den Schweizer Markt konzentrieren, der Fokus bleibt auf Vermögensberatung, Vermögensverwaltung und ganzheitlicher Kundenbetreuung. „Gerade in einem Umfeld globaler Universalbanken sehe ich große Chancen für eine kleinere, kunden-nahe Schweizer Privatbank“, sagte Michael Pieper, der als Verwaltungsrat bereits 25 Jahre Einblick in die Entwicklung der Berenberg Schweiz besitzt. Andreas Jacobs fügte hinzu: „Als deutscher Familienunternehmer mit bedeutenden Beteiligungen in der Schweiz weiß ich, wie groß das Bedürfnis nach einer ganzheitlichen Betreuung komplexer Familienvermögen ist. Der Standort Schweiz, die Ursprünge der Bank, die Entwicklung der letzten Jahre sowie der Kreis der Mitaktionäre sind in meinen Augen ideal.“ Für Berenberg äußerte sich Dr. Hans-Walter Peters, Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter: „Wir wollen unsere Ressourcen auf den Ausbau unserer eigenen Kerngeschäftsfelder konzentrieren, in denen wir das starke Wachstum der letzten Jahre fortsetzen. Das wird durch einen Abbau von administrativer und regulatorischer Komplexität erleichtert.“ Deutschlands älteste Privatbank hat ihre Mitarbeiterzahl in den letzten zehn Jahren auf über 1.600 verdoppelt und setzt auf mehr Wachstum in den Geschäftsbereichen Wealth and Asset Management, Investment und Corporate Banking. Dr. Peter Raskin, CEO der Berenberg Schweiz, freute sich, „dass die bereits drei

Jahrzehnte währende erfolgreiche Entwicklung unserer Schweizer Bank mit einer einzigartigen und unabhängigen Gesellschafterstruktur in neue Dimensionen geführt werden kann.“ Die neuen Gesellschafter seien erfahrene und namhafte Unternehmer. „Aufgrund der fortdauernden Zusammenarbeit mit Berenberg werden unsere Kunden zugleich die gewohnten Dienstleistungen der Berenberg Gruppe weiterhin nutzen können.“

Der Verkauf der Gesellschaftsanteile muss noch von der Schweizer Finanzmarktaufsicht FINMA genehmigt werden. Nicht betroffen von dem Verkauf sind die Schweizer Investment Banking und Asset Management-Aktivitäten von Berenberg, die wie schon bisher als Vertretung der Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG an den Standorten Zürich und Genf fortgeführt werden.

## Ergänzung der BAIT

### BaFin veröffentlicht KRITIS-Modul



©Stockphoto.com/PeopleImages

Die BaFin hat die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) nun um ein spezielles Modul ergänzt, das sich ausschließlich an die Betreiber Kritischer Infrastrukturen richtet. Das KRITIS-Modul beschreibt für den einschlägigen Adressatenkreis, welche zusätzlichen Anforderungen zu berücksichtigen sind, um den Nachweis gemäß § 8a Absatz 3 BSI-Gesetz durch den Jahresabschlussprüfer erbringen zu lassen.

Dieser Schritt war Anfang August bereits in einem gemeinsamen Schreiben mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) angekündigt worden. In dem neuen Modul werden die Anforderungen an die wirksame Umsetzung besonderer Maßnahmen zum Erreichen des KRITIS-Schutzziels beschrieben.



Damit ist das Bewahren der Versorgungssicherheit der Gesellschaft mit den in der Kritis-Verordnung genannten kritischen Dienstleistungen gemeint, wozu neben der Bargeldversorgung auch der kartengestützte Zahlungsverkehr, der konventionelle Zahlungsverkehr sowie die Verrechnung und Abwicklung von Wertpapier- und Derivatgeschäften gehören. Störungen oder Ausfälle in diesen Systemen könnten zu erheblichen Versorgungsengpässen oder zur Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit führen.

Die Betreiber kritischer Infrastrukturen – sowie deren Dienstleister im Fall von Auslagerungen – müssen geeignete Maßnahmen beschreiben und umsetzen, die den Betrieb kritischer Infrastrukturen sicherstellen bzw. die Risiken auf ein angemessenes Niveau senken. Als Orientierungshilfe gelten einschlägige Standards und Konzepte der Hochverfügbarkeit auf dem Stand der Technik.

Das Rundschreiben steht auf der Webseite der BaFin zum Download bereit.



©iStockphoto.com/EvrenKalinbacak

## Antrag im Bundestag

# Maßnahmen gegen neuen Finanz-Crash

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert ein Bündel von Maßnahmen, um eine neue Finanzkrise zu verhindern. In einem Antrag fordern die Abgeordneten besonders eine stärkere Fusionskontrolle, damit verhindert wird, „dass Kreditinstitute zu groß zum Scheitern werden. Sind sie bereits zu groß, sollen sie entflochten werden.“

Wie der Berichtsdienst „heute im bundestag“ informiert, spricht sich Bündnis 90/Die Grünen für ein Trennbankengesetz aus, das Einlagen- und Handelsgeschäft separiert. Für Banken soll es zudem eine Schuldenbremse geben. Weitere Forderungen des Antrags (19/4052) sind die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Entschleunigung des Handels, die Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens sowie die Ausbremsung finanzmarktgetriebener Immobilienspekulationen. Förderpolitik und Kapitalanlagen des Bundes sollen auf die Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet werden.

Ihren Antrag begründen die Politiker damit, dass die Finanzkrise zehn Jahre nach dem Untergang von Lehman Brothers weiter schwele. Der weltweite Schuldenberg sei seit 2008 um rund 80.000 Mrd. US-Dollar auf über 318 Prozent der Weltwirtschaftsleistung gestiegen. Die Großbanken müssten wegen ihrer Relevanz für die Stabilität des aufgeblähten Finanzsystems im Krisenfall weiterhin mit Steuergeldern gerettet werden, fürchten die Grünen, und durch diese implizite Staatsgarantie hätten sie gegenüber kleinen Banken einen wettbewerbsverzerrenden Finanzierungsvorteil.

Auch die „Too big to Fail“-Fälle wollen die Politiker aufweichen: Die Finanzfusionskontrolle sollte darauf ausgerichtet sein zu verhindern, dass Banken durch Übernahmen eine Stellung erhalten, infolge derer sie nicht ohne Gefährdung oder Schädigung des Finanzsystems aus dem Markt ausscheiden können. Es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, zu große Banken zu entflechten, bevor diese in die Krise geraten, denn die bestehenden Regelungen zur Sanierung und Abwicklung würden erst in der Krise ansetzen. Die Bundesregierung soll das Trennbankengesetz entsprechend den Vorschlägen der Liikanen-Kommission nachbessern.

Das Thema Anlageberatung ist ein weiterer Schwerpunkt des Antrags. Mit Blick auf den Zusammenbruch von Lehman Brothers erinnert die Fraktion daran, dass vielen unkundigen Menschen Lehman-Zertifikate verkauft worden seien, als sich bei der Bank bereits Schwierigkeiten abzeichneten – weil den Vertrieblern hohe Provisionen winkten. Die Fraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, „aus der provisionsgetriebenen Finanzberatung auszusteigen, die Honorarberatung zu stärken und ein öffentlich verwaltetes, einfaches und kostengünstiges Basisprodukt für die kapitalgedeckte Altersvorsorge anzubieten“, zitiert hib 656/2018. „Aktuell werden zu viele schlechte Riester-Produkte mit einer staatlichen Förderung subventioniert.“

## Einlagensicherungsfonds bewies erneut Leistungsfähigkeit

### Aareal übernimmt die Düsselhyp

Die Aareal Bank Gruppe und der Bundesverband Deutscher Banken haben sich über den Erwerb der Düsseldorfer Hypothekenbank AG geeinigt. Die Bank war durch ihr Engagement in Anleihen der österreichischen Heta Asset Resolution in Schwierigkeiten geraten und wurde deshalb im März 2015 vom privaten Einlagensicherungsfonds des Bankenverbands übernommen. Der Kauf muss noch von den Behörden genehmigt werden, soll aber noch in diesem Jahr über die Bühne gehen. Als Kaufpreis steht die Summe von 162 Mio. Euro im Raum, der kann sich durch Marktwertschwankungen bis zum endgültigen Vollzug aber noch ändern. Das Kreditvolumen der Düsseldorfer Hypothekenbank belief sich per 30. Juni auf 533 Mio. Euro.

Mit dem Kauf verbinde man keine weitergehenden strategischen Absichten, teilte Aareal in einer Presseerklärung mit. Die Düsselhyp befinde sich unter der Regie ihres bisherigen Eigentümers bereits seit 2015 in einem Prozess des geordneten Rückbaus und sei nicht mehr mit Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung am Markt aktiv. Der geordnete Rückbau solle konsequent weiter fortgesetzt werden. Die Transaktion würde bei der Aareal Bank zu einem positiven Einmaleffekt aus der Erstkonsolidierung (negativer Goodwill) in Höhe von ca. 52 Mio. Euro führen. Das Betriebsergebnis des Geschäftsjahrs 2019 würde voraussichtlich durch die Transaktion in sehr niedriger zweistelliger Millionenhöhe belastet. Dies wurde kaufpreismindernd berücksichtigt und hat entsprechend den negativen Goodwill erhöht. Wenn der Vollzug wie geplant noch 2018 stattfindet, schlägt sich der Einmaleffekt im Geschäftsjahr 2018 nieder. Für diesen Fall hebt die Aareal Bank ihre Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2018 an und rechnet einschließlich des Einmaleffekts nunmehr mit einem Konzernbetriebsergebnis in einer Spanne von 312 bis 352 Mio. Euro bzw. mit einem EPS in einer Spanne von 3,47 bis 3,87 Euro.

Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbands, freute sich über den erfolgreichen Abschluss. „Zielsetzung der Einlagensicherung ist es, nicht wettbewerbsfähige Banken aus dem Markt zu nehmen. Mit dem Verkauf leistet der Einlagensicherungsfonds einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Konsolidierung im Bankensektor“, so Ossig. Nach dem Bankhaus Wölbern und der Valovis Bank wurde damit ein weiteres Institut ohne den Einsatz von Steuergeldern geräuschlos vom Markt genommen.

## JV für Bankgeschäfte in Österreich

### Post steigt bei der FinTech Group ein

Die FinTech Group und die Österreichische Post wollen eine 50/50-Joint-Venture-Gesellschaft nach österreichischem Recht gründen. Sobald die Banklizenz vorliegt soll diese Gesellschaft in Österreich Bankdienstleistungen erbringen und in den nächsten Jahren mit einem Eigenkapital von über 200 Mio. Euro ausgestattet werden. Die Aufgabenteilung sieht vor, dass die FinTech Group die Bank-IT-Dienstleistungen erbringt; für eine Laufzeit von zehn Jahren wird hier ein Gesamtumsatz von mehr als 100 Mio. Euro genannt. Außerdem will die Bank ihre österreichische Niederlassung mit den 30.000 Flatex-Kunden als Kern in die neue Gesellschaft einbringen, das Behörden-Plazet vorausgesetzt. Für Vertriebsdienstleistungen und Infrastruktur steht die Österreichische Post gerade und stellt dafür ihre 433 eigenbetriebenen Post-Filialen sowie 1.351 Post Partner zur Verfügung. Bisher werden dort Finanzdienstleistungen über den Partner Bawag PSK angeboten. Diese Kooperation endet mit dem Jahr 2019.

Um die nachhaltige Ausrichtung der Kooperation zu unterstreichen, wird sich die Post mit 7 Prozent an der FinTech Group AG beteiligen und einen Sitz im Aufsichtsrat einnehmen. Dazu werden die Frankfurter über 1,2 Mio. neue Akten für rund 35 Mio. Euro ausgeben, die von der Österreichischen Post übernommen werden.

Die Ziele des Joint Ventures sind ambitioniert. Nicht weniger als „die modernste und erfolgreichste Hybrid-Bank in der DACH-Region“ beschrieb FinTech Group-CEO Frank Niehage in einer Pressemitteilung. Die neue Bank könne „wegweisend für zukünftige Geschäftsmodelle sein und eine Antwort auf die gesellschaftspolitische Frage dieses Jahrhunderts geben, wie sich Finanzdienstleistungen in der Zukunft vor dem Hintergrund der Digitalisierung entwickeln werden.“ Das Filialnetz der Post ist auch für CFO Muhamad Chahrouh ein entscheidender Punkt, nicht nur für die effiziente und schnelle Gewinnung weiterer Kunden. Auch im B2B-Bereich sei die Post ein strategischer Partner für den Aufbau einer Hybrid-Bank mit kostengünstiger Filialpräsenz.

## Neue Zusammensetzung der Indizes

### Wirecard statt Commerzbank im Leitindex

Die Deutsche Börse hat Neuerungen für ihre Aktienindizes bekanntgegeben. Die auffälligste Veränderung: Die Aktien der Commerzbank werden ab dem 24. September nicht länger im DAX notiert und wechseln in den MDAX. Dafür steigen die Aktien des Finanzdienstleisters Wirecard neu in den Leitindex auf.

Bei dieser regulären Anpassung der Auswahlindizes greifen erstmals die neuen Regeln, die im Anschluss an eine Marktkonultation im Mai publik wurden. Dabei wurde die Trennung nach den Segmenten Tech und Classic aufgehoben. Unternehmen im DAX, die dem Technologie-Sektor zugeordnet sind, können nun auch in den TecDAX aufgenommen werden. Das trifft neu auf Deutsche Telekom, Infineon Technologies und SAP zu und auch DAX-Neuling Wirecard bleibt zugleich im TecDAX. An seinem Umfang ändert sich nichts, der TecDAX umfasst auch weiterhin die 30 größten und umsatzstärksten Werte, die einen Fokus auf Technologie haben. Für die drei Neuaufnahmen scheidet drei Unternehmen aus (Medigene, SMA Solar Technology sowie SLM Solutions Group).

Nach den neuen Regeln zu den Aktienindizes können Werte aus dem TecDAX gleichzeitig auch in MDAX und SDAX notieren. Beide Segmente werden vergrößert, der SDAX von 50 auf 70 Werte. Der darüber angesiedelte MDAX bildet in Zukunft statt 50 die 60 größten und börsenumsatzstärksten Unternehmen nach dem DAX ab. 15 Unternehmen kommen neu in den MDAX, fünf scheidet aus (Ceconomy, Jungheinrich, Leoni, Ströer und Talanx). Die nächste planmäßige Überprüfung der Aktienindizes der Deutsche Börse steht im Dezember an.

## Bevölkerungsbefragung

### Deutliches Ja für Schulfach „Geld“

Eine große Mehrheit der Deutschen spricht sich für die Einführung eines Schulfachs aus, in dem der Umgang mit Geld gelehrt wird. 85 Prozent der Befragten in der Studie „Digitale Bankservices 2018“ befürworten dies – auch als Gelegenheit, einen Überblick über die neuen digitalen Möglichkeiten der Geldver-

waltung und Datensicherheit zu erlangen. Zwar sind Online-Banking, kontaktloses Bezahlen und Robo Advisors für viele Deutsche schon vertraut, aber längst nicht alle Kunden sind bereits geübt im Umgang mit intelligenten digitalen Lösungen. Viele Kunden machten sich beispielsweise Gedanken um die Sicherheit ihrer Daten. Unsicherheiten bestehen auch gegenüber Kryptowährungen, die von den wenigsten im Detail begriffen werden. Jeder zehnte Befragte gab zu, nicht zu wissen, was Kryptowährungen eigentlich sind, und fast drei Viertel der Deutschen würden eher nicht mit Bitcoin & Co. bezahlen.

Belgin Rudack, die Vorstandsvorsitzende der Creditplus Bank, die die repräsentative Studie durchführen ließ, hält mehr Informationen über die neuen digitalen Services für wichtig. Sie erleichterten die Erledigung von Bankgeschäften und die persönliche Finanzplanung. Viele Fragen sollten schon im Schulunterricht behandelt werden. Die Stuttgarter Bank hat damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Seit Jahren unterstützen Mitarbeiter Schulen mit speziellen Unterrichtsstunden zum Umgang mit Geld. Generell hilfreich ist das gute alte Haushaltsbuch, das aber nur von einem Drittel der Befragten geführt wird. Aber nur jeder zehnte Befragte nutzt Apps oder eine Cloud, um seine Einnahmen und Ausgaben zu dokumentieren. Hier könnte Schulunterricht in Geldfragen auch dabei helfen, die eigene Finanzplanung zu verbessern. „Schon Schüler sollten wissen, dass der Überblick über die eigenen Ausgaben eine schlichte Notwendigkeit ist“, so Rudack.

## Millionensumme für Authada

### main incubator investiert in Cybersecurity-Start-up

Ob Kontoeröffnung oder eine fernausgelöste elektronische Vertragsunterzeichnung: Sichere Identifizierungsverfahren über das Netz werden zunehmend wichtiger. Ein Anbieter in diesem Feld, das Start-up Authada, konnte gerade neue Geldgeber überzeugen: Die Commerzbank-Tochter main incubator und der börsennotierte Company Builder FinLab investieren gemeinsam einen siebenstelligen Beitrag in das Cybersecurity-Spin-Off der Hochschule Darmstadt. Authada hat sich auf Lösungen auf der Basis des elektronischen Personalausweises spezialisiert. Auf dessen Chip sind die Daten zum elektronischen Identitätsnachweis (eID) hinterlegt, und die Darmstädter nutzen die NFC-Technik von Smartphones zum Lesen des Ausweises und damit zur schnellen Online-Identifizierung. Die insgesamt vier Lösungen des Unternehmens lassen sich zur Fernidentifika-

tion von Neu- und Bestandskunden nutzen, zur Identifikation am Point of Sale, zum mobilen und vollautomatisierten Vertragsabschluss sowie zur Zwei-Faktor-Authentifizierung.

Ulrich Coenen, Bereichsvorstand Unternehmerkunden der Commerzbank sowie Mitglied im Investmentkomitee des main incubators ist überzeugt, sich mit dem Investment „die Teilhabe an einer der aktuell disruptivsten Lösungen für Online-Identifizierung“ zu sichern. Damit könne der Onboar-

ding-Prozess für die Kunden optimiert werden. Für den main incubator war dies bereits das 15. Investment in seinem Portfolio. Umgekehrt freuten sich die CEOs von Authada darüber, dass die Commerzbank-Gruppe neben der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Start-ups auch ein großes Interesse an der inhaltlichen Innovationskraft der Darmstädter Lösungen habe und das Unternehmen bei der strategischen Platzierung in den Märkten sowie durch ihre Erfahrung und ihre Marktkenntnis unterstützen werde.

Anzeige

## Webinare Oktober 2018



Oktober

Mittwoch, 10. Oktober 2018, 14:00 bis 16:00 Uhr

**Virtuelle Währungen im Bankgeschäft – Rechtliche Grundlagen und Einsatzmöglichkeiten**

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.die-bank-trainings.de>

Montag, 15. Oktober 2018, 14:00 bis 15:30 Uhr

**Individuelle Datenverarbeitung (IDV): Regulatorische Anforderungen und ihre Umsetzung in der Praxis**

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.die-bank-trainings.de>

Anmeldung: Stefan Lödorf | [events@bank-verlag.de](mailto:events@bank-verlag.de)



## AUS UNSERER MARKENWELT

### Harsche Kritik an Plänen zu „Industriepolitik für Banken“

Forderungen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz nach stärkeren deutschen Banken und einer „Industriepolitik“ für Banken stoßen unter Wissenschaftlern und Politikern auf Ablehnung. Die einen fürchten, dass die Politik zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die strengeren Regeln für Banken zu lockern versuchen könnte. Andere sehen die Gefahr, dass sich der Staat in den privaten Bankensektor einmischt und an der Entstehung noch größerer Banken mitwirkt.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte Ende August in Frankfurt mit seiner Aussage für Aufsehen gesorgt, die deutschen Banken hätten infolge der Finanzkrise im internationalen Maßstab an Größe und „Globalität“ verloren, was der Wirtschaft geschadet habe. Nun brauche es eine Industriepolitik, um diesen Missstand zu beheben, denn die exportorientierten Unternehmen müssten von starken Banken begleitet werden. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: [www.risiko-manager.com](http://www.risiko-manager.com)

### Neuer Geldwäschebekämpfer bei der Deutschen Bank

Stephan Wilken wurde mit Wirkung zum 1. Oktober zum neuen Head of Anti-Financial Crime und obersten Geldwäschebekämpfer (offiziell: „Konzerngeldwäschebeauftragter“) der Deutschen Bank ernannt. Er wird in Frankfurt arbeiten und an Vorstandsmitglied und Chief Regulatory Officer Sylvie Matherat berichten, in deren Senior-Management-Team Wilken Mitglied wird. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: [www.info-bank-compliance.de](http://www.info-bank-compliance.de)

### Zahlungsverkehrsrecht – Lastschriftzahlungen – ausländische Konten

OLG Karlsruhe, Urt. v. 20.4.2018, Az. 4U 120/17, WM 2018, S. 1254 ff.

Onlinehändler dürfen Lastschriftzahlungen von ausländischen Konten bei Verbrauchern, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben, nicht ablehnen.

Das OLG Karlsruhe hatte über die Berufung in einem Verfahren zwischen dem Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gegen einen Onlinehändler und damit über die Frage zu entscheiden, ob ein Onlinehändler bei Kunden, deren Wohnsitz in Deutschland liegt, den Lastschufteinzug von einem ausländischen Konto verweigern dürfe.

Das OLG Karlsruhe hat das Urteil des LG Freiburg bestätigt, wonach ein Onlinehändler die Zahlung eines Verbrauchers mit Wohnsitz in Deutschland mittels Lastschrift von einem ausländischen Konto nicht generell ablehnen darf und zugleich im Hinblick auf die grundsätzliche Bedeutung der Frage der Verbraucherschützenden Wirkung des Art. 9 Abs. 2 VO (EU) Nr. 260/212 i.S.d. § 2 Abs. 1 UKlaG und der Einstufung dieser Norm als Marktverhaltensregel i.S.d. § 3 a UWG die Revision zum BGH zugelassen. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: [www.info-bub.de](http://www.info-bub.de)

## UNSERE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN AUF EINEN BLICK

| TITEL  | TERMIN                  | ORT  |
|--|-------------------------|------|
| Fachtagung Wertpapier-Compliance   | 27. September 2018      | Köln |
| Zertifikatslehrgang „Geldwäschebeauftragte/r (GWB) für Kreditinstitute“  | 8. bis 11. Oktober 2018 | Köln |
| Intensivseminar „Risikomanagement und Risikoanalyse für Geldwäschebeauftragte“   | 9. Oktober 2018         | Köln |
| Intensivseminar „Rechtliche Risiken in der Abwehr von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“  | 10. Oktober 2018        | Köln |
| Webinar „Virtuelle Währungen im Bankgeschäft – Rechtliche Grundlagen und Einsatzmöglichkeiten“   | 10. Oktober 2018        |      |
| Webinar „Individuelle Datenverarbeitung (IDV): Regulatorische Anforderungen und ihre Umsetzung in der Praxis“                          | 15. Oktober 2018        |      |
| Zertifikatslehrgang „Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) für Kreditinstitute“   | 6. bis 9. November 2018 | Köln |
| RepRisk Forum 2018   | 15. November 2018       | Köln |
| Fachtagung „Fintechs, Legal Techs und Bankrecht“   | 21. November 2018       | Köln |
| Intensivseminar „Embargo und Finanzsanktionen in der aktuellen Bankpraxis“   | 22. November 2018       | Köln |
| Fachtagung „Informationssicherheits-Compliance 2018“   | 27. November 2018       | Köln |
| Fachtagung Bankrecht und Bankpraxis „Kollektiver Verbraucherrechtsschutz – konkrete Auswirkungen für die Finanzdienstleistungsbranche“ | 29. November 2018       | Köln |

### WEITERE INFORMATIONEN UND ANMELDUNG



Stefan Lödorf  
Telefon: 0221/5490-133



E-Mail: [events@bank-verlag.de](mailto:events@bank-verlag.de)

### Impressum

#### Verlag und Redaktion:

Bank-Verlag GmbH  
Postfach 450209, 50877 Köln  
Wendelinstraße 1, 50933 Köln  
Tel. 0221/54 90-0  
Fax 0221/54 90-315  
E-Mail: [medien@bank-verlag.de](mailto:medien@bank-verlag.de)

#### Geschäftsführer:

Wilhelm Niehoff (Sprecher),  
Michael Eichler,  
Matthias Strobel

#### Bereichsleitung Medien:

Bernd Tretow

#### Mediaberatung:

Katrin Frese  
Tel. 0221/54 90-327  
E-Mail: [katrin.frese@bank-verlag.de](mailto:katrin.frese@bank-verlag.de)

#### Layout & Satz:

Cathrin Schmitz  
Tel. 0221/54 90-132  
E-Mail: [cathrin.schmitz@bank-verlag.de](mailto:cathrin.schmitz@bank-verlag.de)

#### Redaktion:

Anja U. Kraus  
Tel. 0221/54 90-542  
E-Mail: [anja.kraus@bank-verlag.de](mailto:anja.kraus@bank-verlag.de)

Erscheinungsweise: mindestens 1 x pro Monat

Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags vervielfältigt werden. Unter dieses Verbot fallen insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Beiträge sind mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, die Redaktion übernimmt jedoch kein Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der abgedruckten Inhalte. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Empfehlungen sind keine Aufforderungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren sowie anderer Finanz- oder Versicherungsprodukte. Eine Haftung für Vermögensschäden ist ausgeschlossen. Für die Inhalte der Werbeanzeigen ist das jeweilige Unternehmen oder die Gesellschaft verantwortlich.